

Muster-Gewährleistungsbürgschaft

Zwischen der

[...]

- Auftraggeber -

und der

[...]

- Auftragnehmer -

besteht ein Vertrag vom [...] über die Erbringung von Leistungen für das Gewerk [...] für das Bauvorhaben [...] in [...].

Gemäß Ziffer [...] des Vertrages hat sich der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber für die gesamte Dauer der Gewährleistungsfrist eine Gewährleistungssicherheit in Höhe von 5 % der Schlussrechnungssumme (netto) zur Sicherung der Erfüllung aller Mängelhaftungsansprüche einschließlich Schadensersatz und die Erstattung von Überzahlungen zu stellen.

Dies vorausgeschickt, übernehmen wir, die [Bank] gegenüber dem Auftraggeber die selbstschuldnerische, unwiderrufliche und unbefristete Bürgschaft bis zu einem Höchstbetrag von EUR [...].

Wir verbürgen uns unter ausschließlicher Geltung des deutschen Rechts für sämtliche Ansprüche des Auftraggebers wegen Mängeln einschließlich Schadenersatz, für die Verpflichtung zur Erbringung von bei der Abnahme fehlenden Restleistungen sowie für die Erstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen.

Wir haften zudem für eventuelle Ansprüche des Auftraggebers auf Regress gegen den Auftragnehmer wegen der berechtigten Inanspruchnahme durch Dritte wegen nicht erfolgter Zahlung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge, wegen Regressansprüchen aus dem Arbeitnehmerentendegesetz auf Mindestlohn sowie auf Zahlung der Urlaubskassenbeiträge, jeweils auch für in der Nachunternehmerkette tätige Arbeitnehmer sowie für Regressansprüche wegen nicht erfolgter Zahlung der Unfallversicherungsbeiträge.

Auf die Einreden der Anfechtbarkeit, der Aufrechenbarkeit und der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB, wird verzichtet. Die Einrede der Aufrechenbarkeit kann jedoch geltend gemacht werden, wenn es sich um unstreitige oder rechtskräftig festgestellte Forderungen handelt. Die Einrede der Anfechtbarkeit kann im Fall der Anfechtung gemäß § 123 BGB (arglistige Täuschung oder Drohung) geltend gemacht werden.

Aus dieser Bürgschaft kann der Auftraggeber uns nur auf Zahlung in Geld in Anspruch nehmen. Die Hinterlegung ist ausgeschlossen.

Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Die Verjährung tritt jedoch spätestens 30 Jahre nach dem gesetzlichen Verjährungsbeginn ein. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.

Die Bürgschaft erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde. Der Auftraggeber hat die die Bürgschaft nach § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B zurückzugeben mit der Maßgabe, dass eine Rückgabe erst nach Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche und -rechte erfolgt. § 17 Abs. 8 Nr. 2 S. 2 VOB/B bleibt unberührt

Gerichtsstand ist, soweit ein Gerichtsstand zulässigerweise vereinbart werden kann, München.

_____, _____
(Ort) (Datum)

(Unterschrift)